An die Abteilung 18 Ladinische Bildungs- und Kulturverwaltung

PEC: repartiziun-scola-cultura-ladina@pec.prov.bz.it

ANTRAG UM GEWÄHRUNG VON BEITRÄGEN AN DIE GEMEINDEN ZWECKS EINRICHTUNG UND AUSSTATTUNG VON KINDERGÄRTEN

Artikel 5, Absatz 2, Landesgesetz vom 16. Oktober 1992, Nr. 37, igF

Richtlinien gemäß Beschluss der Landesregierung vom 8. August 2017, Nr. 860

Der/die Unterfertigte

Vor- und Zuname des/der gesetzlichen Vertreters/in

Geburtsdatum

Geburtsort

Daten der Gemeinde

Bezeichnung der Gemeinde

Adresse: Fraktion, Straße/Platz, Nummer

Postleitzahl

Ort

Steuernummer

Mehrwertsteuernummer

E-Mail-Adresse der Gemeinde

PEC-Adresse der Gemeinde

Bankinstitut

IBAN-Nummer

Daten des/der
Sachbearbeiter/in oder
der Kontaktperson

Vor- und Zuname

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Zusammenfassung Ausgaben

Gesamtsumme der geplanten Lieferungen im Jahr:	€
Gesamtsumme der geplanten Lieferungen im Jahr:	€
Gesamtsumme der geplanten Lieferungen im Jahr:	€

- Nicht berücksichtigt werden Anträge mit einem Gesamtbetrag unter 1.500,00 Euro.
- Nicht berücksichtigt werden Anträge mit einem Gesamtbetrag unter 300,00 Euro im Falle von Investitionen im Bereich der Informationstechnik.

Begründung für das Gesuch

ERKLÄRUNGEN

Der/die Unterfertigte bestätigt unter seiner/ihrer persönlichen Verantwortung und in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen im Falle unwahrer oder unvollständiger Angaben, dass

1. für die im Ansuchen angeführten Investitionen, folgenden CUP-Kode eingeholt wurde:
2. für die in diesem Ansuchen angeführten Ausgaben:
bei keinem anderen Landesamt, um Förderungsmittel angesucht zu haben
auch bei folgenden Ämtern angesucht zu haben:

3. die Mehrwertsteuer in Bezug auf die Dokumentierung der Ausgaben, die zur Auszahlung des gewährten Landesbeitrages vorgelegt wurde:

gemäß Artikel 19, Absatz 1 und Artikel 19ter des D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 633, in geltender Fassung, zur Gänze absetzbar ist;

gemäß Artikel 19, Absatz 3 des D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 633, in geltender Fassung, nur teilweise im Ausmaß von % absetzbar ist;

nicht absetzbar ist, weil es sich um Tätigkeit handelt, welche von den Artikel 4 (unternehmerische Tätigkeit) und Artikel 5 (künstlerische und freiberufliche Tätigkeit) des D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 633, in geltender Fassung, nicht vorgesehen sind;

nicht absetzbar ist, weil es sich um Handelstätigkeiten handelt, welche vom Artikel 36bis des D.P.R. vom 26. Oktober 1972, Nr. 633, in geltender Fassung, vorgesehen sind (von der Mehrwertsteuer befreite Tätigkeiten);

ANLAGEN

Kostenvoranschläge (Angebote)
detaillierte Aufstellung der Spesen (alternativ zu den Kostenvoranschlägen)
technischer Bericht bei umfassenden Projekten
technische Zeichnungen falls vorhanden
Stellungnahme der zuständigen Kindergartendirektion

Aufklärung in Bezug auf Kontrollen

Im Sinne des L.G. Nr. 17/1993 (Art. 2, Abs.3) ist die zuständige Landesverwaltung angehalten, stichprobenartige Kontrollen im Ausmaß von mindestens 6% der genehmigten Gesuche durchzuführen.

Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Verantwortlich für die Datenverarbeitung: Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, Landhaus 1, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it
PEC: generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB): Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: E-Mail: dsb@provinz.bz.it PEC: rpd_dsb@pec.prov.bz.it

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne von Art. 6 des Landesgesetzes 17/1993 angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person der Direktor/die Direktorin pro tempore der Abteilung 18 Ladinische Bildungs- und Kulturverwaltung an seinem/ihrem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch *Cloud Computing*, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Liechtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz-

Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien. Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

Datenübermittlungen: Es werden keine zusätzlichen personenbezogene Daten an Drittländer übermittelt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden. Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Datum

Digitale Unterschrift des/der Unterschriftsberechtigte